



Demokratische Strukturen in Brandenburg bewahren, schützen und ausbauen

Aktionsbündnis Brandenburg, Opferperspektive e.V. und Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

November 2024

Die Ergebnisse der Landtagswahl im September 2024 stellen sowohl die demokratische Kultur in Brandenburg als auch den Bereich der Demokratieförderung im Landesprogramm vor große Herausforderungen. Wir müssen die Gefährdung demokratischer Strukturen ernst nehmen und Schritte ergreifen, um dem Erstarken des Rechtsextremismus entgegenzutreten. Die zukünftige Landesregierung muss denjenigen den Rücken stärken, die sich für die Demokratie in Brandenburg einsetzen und die vom Erstarken der extremen Rechten direkt betroffen sind. Wir erwarten von ihr eine entschlossene Um- und Durchsetzung des in der Landesverfassung festgehaltenen Bekenntnisses zum Schutz der Menschenwürde, des friedlichen Zusammenlebens und zum Entgegentreten gegen Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus.

In Brandenburg gibt es mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eine lange Tradition und einen großen Erfahrungsschatz in der erfolgreichen staatlich-zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Diese Erfahrung gilt es zu nutzen, um den Herausforderungen, vor denen das Land und seine politischen Entscheidungsträger*innen stehen, zu begegnen. In diesem Sinne fordern wir folgende Punkte zur strategischen Ausrichtung für den Schutz demokratischer Strukturen im Land:

Schutz von Betroffenen!

Der Schutz derjenigen, die für die Demokratie aktiv sind, sich für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus engagieren, ob in einer Initiative, der Gewerkschaft oder in der Kirche, und derer, die aus rechten, rassistischen und antisemitischen Motiven attackiert werden, ist oberste staatliche Pflicht. Die Landespolitik muss auf diese Menschen zugehen, ihnen zuhören und nicht nur über, sondern vor allem mit ihnen sprechen. Werden Kommunalpolitiker*innen angefeindet, müssen sich alle Demokrat*innen solidarisch zeigen – über Parteigrenzen hinweg. Menschenfeindliche Angriffe – egal ob offline oder online – müssen ernsthaft verfolgt und die strafrechtlichen Möglichkeiten zügig und voll ausgeschöpft werden.

Stärkung des Beratungsangebots!

Die zukünftige Landesregierung steht in der Pflicht, den Opferschutz entsprechend der für die Länder bindenden EU-Opferschutzrichtlinie weiter zu stärken. Dazu gehört auch, den Zugang zu unabhängigen professionellen und

fachspezifischen Beratungsstellen zu erleichtern und auszubauen. Das landesweite Beratungsangebots der Opferschutzeinrichtung „Opferperspektive“, die Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützt, muss ausgebaut werden. Um auf neue Entwicklungen bedarfsgerecht reagieren zu können und die psychosoziale Versorgung Betroffener rechter Gewalttaten im gesamten Land sicherzustellen, ist ein deutlicher Stellenausbau erforderlich. Für die bessere psychologische Akutversorgung von Opfern von Gewalttaten wird eine Stärkung der psychiatrischen Institutsambulanzen bzw. Traumaambulanzen dringend benötigt.

Jugendliche brauchen unsere Unterstützung!

Die Zunahme menschenverachtender Einstellungen, insbesondere unter jungen Menschen, stellt eine wachsende Herausforderung nicht nur für unsere Gesellschaft insgesamt, sondern insbesondere für die Bildungs- und Jugendeinrichtungen in Brandenburg dar. Progressive Jugendliche müssen gehört und geschützt werden. Projekte mit und für Jugendliche müssen deutlich gestärkt, Orte der Begegnung finanziell abgesichert und ausgebaut werden. Es braucht einen Ausbau von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, politischer Bildung und den Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. Junges Ehrenamt und Freiwilligendienste brauchen eine kontinuierliche und sichere Förderung. Neben der Vermittlung demokratischer Werte ist es unerlässlich, präventive Maßnahmen zu stärken. Hierbei sollten neue betroffenensensible Formate entwickelt werden, um Fachkräfte sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich im Umgang mit Betroffenen von rechten, antisemitischen und anderen vorurteilsmotivierten Straftaten zu unterstützen.

Landesmittel für das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg erhöhen!

Eine kontinuierliche Präventionsarbeit gegen die Verfestigung rechtsextremer Strukturen, die Hilfe für Betroffene rechter Gewalt, die Beratung und Stärkung der Zivilgesellschaft sowie der Einsatz für Demokratie erfordern deutlich mehr finanzielle Mittel für die Träger des Beratungsnetzwerks und die Förderung weiterer vielfältiger Projekte. Demokratiestärkung und Opferschutz sind langfristige Aufgaben. Die Träger, die diese wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft leisten, brauchen Planungssicherheit. Die jährliche Projektförderung sollte deshalb zugunsten einer mehrjährigen Förderperiode geändert werden. Darüber hinaus müssen bei einem kurzfristigen Wegfall öffentlicher Fördermittel Regelungen auf Landesebene zur Absicherung gegen wirtschaftliche Risiken geschaffen werden. Zudem braucht es die fortlaufende Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Wirksamkeit bei der Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Demokratieförderung und der Rechtsextremismusprävention.

Landesdemokratiefördergesetz auf den Weg bringen!

Unsere Demokratie steht unter Druck. Angesichts der multiplen Krisen in Deutschland und der kriegerischen Auseinandersetzungen in unterschiedlichen Teilen der Welt brauchen demokratische Strukturen und ihre Projekte ein sicheres Fundament. Es ist höchste Zeit, der Demokratieförderung mittels eines

Landesdemokratiefördergesetzes einen sicheren rechtlichen Rahmen zu geben. So können bestehende Projekte rechtssicher agieren und langfristige Planungssicherheit erhalten – und in diesem Rahmen die Schaffung neuer Maßnahmen und Projekte befördert werden, die sich für den Erhalt der demokratischen Kultur in Brandenburg einsetzen.

Unterstützung der Entwicklung von Handlungskonzepten gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus!

Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus müssen mit konkreten Maßnahmenplänen und einem eigenen Budget unterfüttert werden, um Wirkung entfalten zu können – dies gilt auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene. Sowohl bei der Entwicklung als auch bei der Umsetzung solcher Konzepte muss die Zivilgesellschaft beteiligt werden.

Klare Abgrenzung zur AfD!

Der Brandenburger Landesverband der AfD und die dazugehörige Junge Alternative werden seit Jahren von Vertreter*innen der völkisch-nationalistischen Strömung der Partei dominiert und dementsprechend von den Behörden beobachtet. Den kontinuierlichen Anfeindungen durch Abgeordnete und Vertreter*innen der Partei gegen unsere pluralistische Gesellschaft und die Errungenschaften der Demokratie muss stets widersprochen werden. Weder sollten sich demokratische Politiker*innen Positionen der AfD zu eigen machen noch darf es eine Zusammenarbeit mit der AfD auf Landesebene geben.

Sicherung antidiskriminierungspolitischer Ansätze!

Auch in Brandenburg erfahren Menschen Benachteiligungen aufgrund von Behinderungen, des Lebensalters, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder aufgrund von Rassismus. Wird das Grundrecht auf Chancengleichheit im Alltag immer wieder infrage gestellt, gefährdet dies die Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens. In einzelnen Bereichen hat das Land Brandenburg in der Vergangenheit Strategien zur Bekämpfung von Diskriminierungsformen entwickelt. Diese Ansätze sollten zu einer merkmalsübergreifenden Handlungsstrategie gegen Diskriminierung des Landes fortentwickelt werden. Weiterhin bedarf es einer Stärkung der Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung sowie eines Ausbaus der unabhängigen Beratungsstrukturen für Betroffene von Diskriminierungen im Land. Das Land kann hier durch eine entsprechende Ausgestaltung von Richtlinien, Ausschreibungen und Beschwerdeverfahren, durch Fortbildungsmaßnahmen für Beschäftigte und durch die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes für einen effektiven Diskriminierungsschutz sorgen.

Brandenburg braucht eine nachhaltig geförderte Gedenkstättenlandschaft und eine eigene Koordinierungsstelle Stolpersteine!

Geschichtsrevisionistische und erinnerungspolitische Positionen sind Eckpfeiler rechtsextremen Gedankengutes. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und andere Erinnerungsorte leisten einen wichtigen Beitrag zu historischer

Aufklärung und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Diese Erinnerungsorte müssen nachhaltig unterstützt werden. In vielen Orten Brandenburgs gibt es zudem zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für die Verlegung von Stolpersteinen einsetzen und damit einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht in Vergessenheit geraten. Dieses lokale Engagement muss gestärkt werden. Hierzu gehört die institutionelle Förderung und Ausstattung einer eigenen Koordinierungsstelle Stolpersteine für Brandenburg. Derzeit wird diese Arbeit als Projekt vom Aktionsbündnis Brandenburg geleistet, welches damit jedoch an seine Kapazitätsgrenzen stößt.

Förderprogramm für brandenburgische Forschung zu Rechtsextremismus und Rassismus auflegen!

Aufklärung ist ein Grundstein in der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Diese Aufgabe sollte nicht nur dem Landesamt für Verfassungsschutz obliegen. In Brandenburg braucht es daher eine Garantie für Erhalt und Ausbau der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung zu rechtsextremen Strukturen und Netzwerken. Die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle leistet hier bereits hervorragende Arbeit, die angesichts der aktuellen Herausforderungen für die Rechtsextremismusprävention dringend erweitert werden muss.

Humanitärer Umgang mit Schutzsuchenden und Partizipation!

Wir fordern nicht nur eine Versachlichung der Debatten über Flucht und Migration, sondern auch, dass diese auf Basis der universellen Menschenrechte geführt wird – auch unter Vertreter*innen der demokratischen Parteien in Brandenburg, insbesondere der zukünftigen Landesregierung. Die Stimmen migrantischer Organisationen, Willkommensinitiativen, die Integrationsbeauftragte und der Flüchtlingsrat Brandenburg müssen gehört und konstruktive Vorschläge umgesetzt werden. Mit einem Partizipationsgesetz sollte die Landesregierung verbindlich für mehr Sichtbarkeit und Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte innerhalb der politischen Debatten sorgen. Das Auslaufen des Integrationsbudgets, welches potenziell 120 Projekte betrifft, muss durch anderweitige Finanzierung aufgefangen werden. Es muss sichergestellt werden, dass die über Jahre aufgebauten Strukturen und Projekte abgesichert werden und langfristig weiterarbeiten können. Die aktuelle Asylrechtsverschärfung befördert als staatliche Maßnahme die weitere Ausgrenzung von Geflüchteten und rassistische Stimmungsmache. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rufe nach weiteren Verschärfungen der Lebensbedingungen für schutzsuchende Menschen lösen keine Probleme.

Aktionsbündnis Brandenburg | Opferperspektive e.V. | Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten